

Öffentliche Finanzwirtschaft

Kommunales Finanzmanagement NRW

**Fachbuch
mit praktischen Übungen
und Lösungen**

7. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage

**von
Horst Bernhardt
Bettina Golombiewski
Klaus Mutschler
Christoph Stockel-Veltmann**

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2013 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung, insbesondere das Nachdrucken oder Fotokopieren, ist nach Urheberrechtsgesetz nicht gestattet - auch nicht für Unterrichtszwecke - und strafbar (§ 106 UrhG: "... mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe ...").

Dies gilt sowohl für Studierende als auch für Lehrende. Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Hinweise:

Der Ordnungsgeber hat lediglich einen verbindlichen Kontenrahmen mit entsprechender Nummerierung der Kontengruppen vorgesehen (siehe Anlage 16 VV Muster zur GO und GemHVO). Die Vergabe der Nummern für die einzelnen Konten obliegt den Kommunen. Dabei sind die statistischen Vorgaben zu berücksichtigen. Seit der 5. Auflage des Buches wird der Kontenplan für die Ausbildung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW zugrunde gelegt. Er ist abgedruckt in Dresbach, Kommunale Finanzwirtschaft Nordrhein-Westfalen, 39. Auflage 2012, sowie in den Voraufgaben. Teilweise werden zur Veranschaulichung von Sachverhalten auch Kontierungen vorgenommen, die die im vorgenannten Kontenplan enthaltenen Konten weiter untergliedern bzw. ergänzen.

Bei den Funktionsbezeichnungen wird im Buchttext die männliche Form (z.B. Bürgermeister) verwendet. Dieses stellt keine Diskriminierung der weiblichen Funktionsträger dar, sondern soll lediglich der einfacheren Lesbarkeit dienen.

Vorwort

Die kommunale Finanzwirtschaft hat sich Jahrzehnte lang eines kameralen Finanzmanagementsystems bedient, das Ende der 60iger Jahre konzipiert und in einem Übergangszeitraum bis einschließlich 2008 noch Anwendung gefunden hat. Dieses System genügte den Anforderungen großer Dienstleister, wie sie nun einmal Gemeinden und Gemeindeverbände sind, nicht mehr. Insofern haben aufgrund der gesetzlichen Vorgaben ab dem Haushaltsjahr 2009 sämtliche Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf ein Finanzmanagement umgestellt, das auf der Basis eines kaufmännischen Rechnungswesens die Anforderungen einer effektiven Finanzsteuerung erfüllt. Es wird regelmäßig mit der Bezeichnung „**Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF)**“ belegt.

Dieses Fachbuch beschäftigt sich ausführlich mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Inhalten des NKF anhand der Gemeindeordnung, der Gemeindehaushaltverordnung und den weiteren ergänzenden Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften. Zudem sind vor allem auch die Ergebnisse der Anwendungen in der kommunalen Praxis berücksichtigt.

In der jetzt vorgelegten vollständig überarbeiteten und erweiterten 7. Auflage werden die Darstellungen auf den Stand Januar 2013 gebracht. Insbesondere sind das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW, dessen Regelungen erstmals auf das Wirtschaftsjahr 2013 Anwendung finden, und die 5. Auflage der Handreichung des Innenministeriums berücksichtigt. Zudem sind erstmals Kapitel zum Gesamtabschluss und Stärkungspaktgesetz enthalten. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die aktuelle Fachdiskussionen zu berücksichtigen.

Insofern liegt auch mit der 7. Auflage ein Werk vor, das das doppelte Haushaltsrecht und das gesamte kommunale Finanzmanagement abdeckt. Dabei beschränken sich die Darstellungen nicht auf die Buchungssystematik, sondern dokumentieren ausgehend von den Bilanzierungen die komplette Haushaltsplanung, Haushaltsausführung und Rechnungslegung. Der besondere Praxisbezug wird durch eine Vielzahl von Schaubildern und Beispielen sowie zu jedem Kapitel enthaltenen praktischen Übungen mit Musterlösungen erreicht. Insofern richtet sich das Buch an die Praktiker in den Kommunalverwaltungen, die das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ konkret umsetzen müssen, und sei es auch nur in Teilbereichen. Durch die kritischen Würdigungen der haushaltsrechtlichen Regelungen, insbesondere in Bezug auf ihre praktische Anwendung, wird eine Weiterentwicklung der Materie unterstützt, was konkrete Verbesserungsvorschläge belegen. Nicht nur aus diesem Grunde kann das Buch auch für das Fachpersonal als Unterstützung seiner täglichen Arbeit in Form eines kommentarähnlichen Nachschlagewerkes dienen.

Nicht zuletzt ist das Fachbuch für Studierende an den Fachhochschulen, Studieninstituten und sonstigen Ausbildungseinrichtungen geeignet.

Für die 7. Auflage konnte als Mitautorin Frau Dr. Golombiewski gewonnen werden.

Witten, Mülheim an der Ruhr, Dortmund und Rheine, im Januar 2013

Die Verfasser

Zu den Verfassern

Horst Bernhardt, Jahrgang 1947, trat 1966 in den Dienst des ehemaligen Amtes Blankenstein-Ruhr ein. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst übernahm er 1972 als Abteilungsleiter die Vermögens- und Schuldenverwaltung sowie die zentrale Betriebsabrechnung in der Kämmerei der Stadt Hattingen. Zugleich wurde er als Hauptsachbearbeiter in der Haushaltsabteilung eingesetzt, verbunden mit der Ausbildungsbetreuung. Nach einem zwischenzeitlich erfolgten Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk wechselte er im April 1978 als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Wuppertal (später in der Abteilung Gelsenkirchen), zuständig für die Lehre für „Kommunales Finanzmanagement“, „Rechnungswesen“, „Kosten- und Leistungsrechnung/Wirtschaftlichkeitsrechnung“ und „Steuerrecht“. Seit Juni 2012 befindet er sich im Ruhestand.

Dr. Bettina Golombiewski, Jahrgang 1963, absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und von 1984-88 studierte sie an der Universität Hamburg. 1988 begann die Diplom-Handelslehrerin ihre Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut Schmidt Universität) am Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, Institut für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Univ.-Prof. Dr. R. Federmann, und promovierte dort 1994. Neben Lehraufträgen an Hochschulen ist sie als freie Mitarbeiterin der Steuerfachschule Dr. Endriss, Köln, tätig. Die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements begleitete sie von Beginn an durch Dozententätigkeiten für die Studieninstitute in Dortmund, Wuppertal, Düsseldorf, Köln u.a. Sie arbeitet als Kommunalberaterin und unterstützt Kommunen bei der Jahres- und Gesamtabschlussstellung und deren Prüfung. Seit September 2012 verstärkt sie das Dozententeam der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW an der Außenstelle Duisburg. Sie lehrt „Kommunales Finanzmanagement“, „Rechnungswesen“, „Kosten- und Leistungsrechnung/Wirtschaftlichkeitsrechnung“ und „Öffentliche Betriebswirtschaftslehre“.

Klaus Mutschler, Jahrgang 1958, schloss 1981 sein Studium an der FHöV NRW ab. Er absolvierte den kommunalwissenschaftlichen Studiengang an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und schloss diesen 1989 mit Erwerb des Kommunaldiploms ab. Nach Wahrnehmung von Aufgaben als Standesbeamter und im Bereich des Stadtmarketing bei der Stadt Dortmund war er seit 1992 bis 2005 dort im Rechnungswesen tätig. Stationen waren hierbei die Hauptsachbearbeitung im Bereich Grundbesitzabgaben, die Geschäftsführung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften sowie der Aufbau eines Immobilienmanagements und einer Anlagenbuchhaltung. Seit Beginn des überörtlichen Modellprojektes im Jahre 1999 war er Mitglied des Projektteams der Stadt Dortmund. Neben unterschiedlichen Fortbildungsmaßnahmen zum kaufmännischen Rechnungswesen schloss er in 2003 einen Zertifikats-Lehrgang zum Bilanzbuchhalter mit Erfolg ab. Letzte Aufgabenschwerpunkte waren die inhaltliche Betreuung von Fachbereichen beim Umstellungsprozess auf das doppelte Rechnungswesen sowie die Durchführung von diesbezüglichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Im September 2005 wechselte er als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, zunächst Abteilung Köln, heute Abteilung Gelsenkirchen (Außenstelle Dortmund). Er vertritt dort die Fächer „Kommunales Finanzmanagement“ und „Rechnungswesen“.

Christoph Stockel-Veltmann, Jahrgang 1965, trat 1985 in den Dienst der Stadt Rheine ein. Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst und einem kurzen Einsatz als Personalsachbearbeiter schloss sich von 1989 bis 1993 ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster an. Nach Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster und als Abteilungsleiter in der Kämmerei der Stadt Telgte war er von 1999 - 2004 Leiter des „Modellprojekts zur Einführung des doppelten Kommunalhaushalts“ im Finanzdezernat der Stadt Münster. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Konzeption des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) beteiligt und verantwortlich für die Umsetzung des Konzepts in fünf Pilotämtern der Stadt Münster. Seit Juli 2004 ist er hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW am Studienstandort Münster.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Zu den Verfassern	IV
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XIX
1. Einführung	1
1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft	1
1.1.1 Begriff.....	1
1.1.2 Innere Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft	1
1.2 Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft	2
1.3 Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft zur Privatwirtschaft.....	3
1.4 Aufgaben und Ziele der öffentlichen Finanzwirtschaft	6
1.4.1 Allgemein	6
1.4.2 Finanzpolitische Funktion	6
1.4.3 Politische Funktion	6
1.4.4 Wirtschaftspolitische Funktion.....	7
1.4.5 Betriebswirtschaftliche Funktion.....	8
2. Kommunales Haushaltsrecht	9
2.1 Haushaltswirtschaft	9
2.2 Verfassungsrechtliche Grundlagen und Haushaltsautonomie	10
2.3 Geschichtlicher Überblick	12
2.3.1 Frühere Entwicklung	12
2.3.2 Fortentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts durch die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF).....	15
2.4 Öffentliches Haushaltsrecht im System und im Vergleich	17
2.4.1 Vergleich der einzelnen Ebenen	17
2.4.2 Stellung im System der Volkswirtschaft	17
2.4.3 Verhältnis zur Betriebswirtschaft	18
2.5 Staatliche Überwachung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft.....	19
3. Grundzüge der kaufmännischen (doppelten) Buchführung	21
3.1 Inhalt und Abgrenzung zu anderen Rechnungssystemen	21
3.2 Die kommunale Bilanz	26
3.2.1 Inventur als Datenermittlung für die Bilanz	26
3.2.2 Inhalt und Aufbau der kommunalen Bilanz.....	28
3.2.3 Bilanzveränderungen (Bestandsbuchungen)	29
3.3 Die Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung).....	35
3.4 Übungen	44
4. Ablauf, Organisation und Personal im kommunalen Finanzmanagement	61
4.1 Stationen der Haushaltswirtschaft und Haushaltskreislauf.....	61
4.2 Ausführung des Haushaltsplans.....	62
4.3 Personal im kommunalen Finanzmanagement	67

4.3.1	Der Kämmerer	67
4.3.1.1	Rechtsstellung des Kämmerers.....	67
4.3.1.2	Aufgabenbereich des Kämmerers.....	68
4.3.2	Der Verantwortliche für die Finanzbuchhaltung	70
4.3.3	Sonstige Mitarbeiter einschl. Beschäftigte im Finanzmanagement	71
4.3.4	Rechnungsprüfungspersonal.....	72
4.4	Übungen	72
5.	Der Haushaltsplan	76
5.1	Begriff.....	76
5.2	Abgrenzung zu anderen Plänen und Rechnungen	77
5.2.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan.....	77
5.2.2	Mittelfristige Planung und Haushaltsplan	78
5.2.3	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan	79
5.2.4	Jahresabschluss und Haushaltsplan	80
5.3	Bedeutung des Haushaltsplanes.....	80
5.3.1	Allgemeines	80
5.3.2	Finanzwirtschaftliche Funktion	80
5.3.3	Administrative Lenkungsfunktion.....	81
5.3.4	Wirtschafts- und sozialpolitische Programmfunktion	81
5.4	Wirkung des Haushaltsplanes.....	83
5.4.1	Allgemeine Wirkung	83
5.4.2	Wirkung bezüglich der Aufwendungen und Auszahlungen.....	83
5.4.3	Wirkung bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen.....	84
5.4.4	Wirkung bezüglich der Erträge und Einzahlungen.....	84
5.4.5	Bindung im Innenverhältnis	84
5.5	Übungen	85
6.	Gliederung des Haushalts nach Produktbereichen	87
6.1	Notwendigkeit einer Haushaltsgliederung.....	87
6.2	Anforderungen an die Gliederung eines Haushaltsplanes	88
6.2.1	Die Anforderungen der Bürger und der politischen Gremien	88
6.2.2	Die Anforderungen der Aufsichtsbehörden.....	89
6.2.3	Die Anforderungen der Finanzstatistik.....	89
6.2.4	Die Anforderungen der Verwaltung	90
6.3	Anknüpfungspunkte für eine Gliederung: Verwaltungsaufbau oder Aufgabenbereiche.....	91
6.4	Gliederungsvorschriften für den kommunalen Haushalt im Kommunalen Finanzmanagement.....	92
6.4.1	Der Sonderproduktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“	93
6.4.2	Zentrale Veranschlagung und Bewirtschaftung von Personal- und Versorgungsaufwendungen	94
6.4.3	Gestaltungsfreiheit bei der Gliederung des Haushalts.....	95
6.5	Übungen	97

7.	Die Elemente des Haushaltsplans	103
7.1	Ergebnisplan	104
7.2	Finanzplan	108
7.3	Übung	112
7.4	Teilpläne	115
7.4.1	Teilergebnisplan	118
7.4.2	Teilfinanzplan.....	120
7.4.3	Planung einzelner Investitionsmaßnahmen	122
7.4.4	Teilergebnis- und Teilfinanzplan im Sonderproduktbereich 61 „Allgemeine Finanzwirtschaft“	124
7.4.5	Ziele	126
7.4.6	Kennzahlen und Indikatoren.....	129
7.4.7	Auszug aus dem Stellenplan.....	130
7.5	Übung	131
8.	Die Anlagen zum Haushaltsplan	135
8.1	Einführung.....	135
8.2	Vorbericht.....	136
8.3	Stellenplan	137
8.4	Bilanz des Vorvorjahres	138
8.5	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.....	139
8.6	Übersicht über Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und einzelne Ratsmitglieder.....	139
8.7	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten.....	139
8.8	Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals	140
8.9	Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden	141
8.10	Übersichten mit bezirksbezogenen Haushaltsangaben (in kreisfreien Städten)	142
8.11	Weitere Anlagen	144
8.12	Übung	144
9.	Grundsätze im kommunalen Finanzmanagement	146
9.1	Überblick und Einteilung	146
9.2	Allgemeine Haushaltsgrundsätze.....	147
9.2.1	Sicherung der Aufgabenerfüllung, Verbot der Überschuldung, Liquiditäts- sicherung und Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.....	147
9.2.1.1	Stetige Aufgabenerfüllung.....	147
9.2.1.2	Sicherung der Liquidität und der Finanzierung der Investitionen	148
9.2.1.3	Verbot der Überschuldung	148
9.2.1.4	Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	149
9.2.1.5	Übung	150
9.2.2	Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz	151
9.2.2.1	Grundsatz.....	151
9.2.2.2	Übung	154
9.2.3	Haushaltsausgleich	155
9.2.4	Grundsätze der Finanzierung der kommunalen Produkte	156
9.2.4.1	Deckungsmittel der Haushaltswirtschaft	156
9.2.4.2	Verpflichtung zur Erhebung von Abgaben.....	157
9.2.4.3	Rangfolge der Deckungsmittel	158
9.2.4.4	Übung	161

VIII

9.2.5	Vorherigkeit.....	163
9.2.5.1	Grundsatz.....	163
9.2.5.2	Ausnahme: Vorläufige Haushaltsführung	163
9.2.5.3	Übungen	170
9.2.6	Öffentlichkeit.....	173
9.2.6.1	Grundsatz.....	173
9.2.6.2	Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit.....	173
9.2.6.3	Übung	175
9.3	Veranschlagungsgrundsätze	176
9.3.1	Allgemeines	176
9.3.2	Vollständigkeit und Einheit.....	177
9.3.2.1	Allgemeines	177
9.3.2.2	Vollständigkeit	178
9.3.2.3	Ausnahmen zur Vollständigkeit	183
9.3.2.4	Einheit	185
9.3.2.5	Ausnahmen zur Einheit	186
9.3.2.6	Übungen	187
9.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Finanzvorfälle	191
9.3.3.1	Einführung.....	191
9.3.3.2	Periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnisplan	191
9.3.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzplan	195
9.3.3.4	Übungen	197
9.3.4	Grundsätze der Verständlichkeit (Haushaltsklarheit), der Steuerungsrelevanz sowie Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit).....	201
9.3.4.1	Informationen zur Verständlichkeit (Haushaltsklarheit) und Steuerungs- relevanz der kommunalen Haushalte.....	201
9.3.4.2	Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	203
9.3.4.3	Übung	204
9.3.5	Bruttoprinzip (Saldierungsverbot).....	205
9.3.5.1	Grundsatz.....	205
9.3.5.2	Ausnahmen vom Bruttoprinzip	206
9.3.5.3	Besonderheiten	207
9.3.5.4	Übungen	210
9.3.6	Einzelveranschlagung.....	214
9.3.6.1	Grundsatz.....	214
9.3.6.2	Ausnahmen	216
9.3.6.3	Übungen	218
9.4	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB-K).....	219
9.4.1	Allgemeines	219
9.4.2	Ziele ordnungsmäßiger Buchführung (allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung).....	220
9.4.2.1	Dokumentation	220
9.4.2.2	Rechenschaft.....	221
9.4.2.3	Kapitalerhaltung und intergenerative Gerechtigkeit.....	221
9.4.3	Spezielle Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	223
9.4.3.1	Vollständigkeit	223
9.4.3.2	Verständlichkeit, Richtigkeit und Willkürfreiheit	223
9.4.3.3	Öffentlichkeit.....	224
9.4.3.4	Aktualität	224
9.4.3.5	Relevanz	224
9.4.3.6	Stetigkeit.....	225
9.4.3.7	Recht- und Ordnungsmäßigkeit.....	225
9.4.3.8	Übungen	226

10.	Die kommunale Bilanz (Ansatz, Ausweis und Bewertung in den einzelnen Posten)	228
10.1	Inventur, Inventar	228
10.1.1	Begriff und Inhalt	228
10.1.2	Festwertbildung	230
10.1.3	Gruppenbewertung	232
10.1.4	Inventurverfahren	233
10.1.5	Übungen	234
10.2	Allgemeine Grundlagen der Bewertung im kommunalen Haushaltsrecht	237
10.2.1	Anschaffungs- und Herstellungskosten	237
10.2.1.1	Anschaffungskosten	237
10.2.1.2	Herstellungskosten	242
10.2.1.3	Übungen	244
10.2.2	Verhältnis zu anderen Bewertungszwecken	247
10.2.2.1	Steuerrecht	248
10.2.2.2	Gebührenrecht	249
10.2.2.3	Kosten- und Leistungsrechnung	249
10.2.3	Abgrenzung von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand.....	250
10.2.3.1	Erweiterung eines Vermögensgegenstandes.....	251
10.2.3.2	Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Wertverbesserung	251
10.2.3.3	Zusammentreffen von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen	253
10.2.3.4	Übungen	255
10.2.4	Bilanzierungsgrundsätze.....	259
10.2.4.1	Bilanzidentität.....	259
10.2.4.2	Einzelbewertung	259
10.2.4.3	Vorsichtsprinzip	260
10.2.4.4	Periodisierungsprinzip	261
10.2.4.5	Stetigkeit der Bewertungsmethode	261
10.2.4.6	Vollständigkeit	262
10.2.4.7	Saldierungsverbot.....	262
10.3	Die Posten der kommunalen Bilanz	262
10.3.1	Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebes	264
10.3.2	Anlagevermögen.....	264
10.3.2.1	Begriffe, allgemeine Grundlagen	264
10.3.2.1.1	Vermögensgegenstand	264
10.3.2.1.2	Wirtschaftliches Eigentum	264
10.3.2.1.3	Selbstständige Verwertbarkeit	265
10.3.2.1.4	Leasing.....	266
10.3.2.1.5	Anlagevermögen	267
10.3.2.1.6	Abgrenzung zum Umlaufvermögen	267
10.3.2.1.7	Erhaltene Schenkungen von Anlagevermögen	268
10.3.2.2	Immaterielles Anlagevermögen.....	268
10.3.2.3	Sachanlagevermögen	269
10.3.2.3.1	Begriff des Sachanlagevermögens	269
10.3.2.3.2	Abgrenzung unbewegliches und bewegliches Vermögen.....	271
10.3.2.3.3	Unbewegliches Sachanlagevermögen	272
10.3.2.3.3.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	274
10.3.2.3.3.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	276
10.3.2.3.3.3	Infrastrukturvermögen.....	277
10.3.2.3.3.4	Bauten auf fremden Grund und Boden.....	279
10.3.2.3.4	Bewegliches Sachanlagevermögen, weitere Posten des Sachanlagevermögens.....	280
10.3.2.3.5	Geleistete Anzahlungen, Anlagen in Bau	283
10.3.2.4	Finanzanlagen.....	284

10.3.2.4.1	Anteile an verbundenen Unternehmen.....	286
10.3.2.4.2	Beteiligungen	287
10.3.2.4.3	Sondervermögen	287
10.3.2.4.4	Wertpapiere des Anlagevermögens	288
10.3.2.4.5	Ausleihungen	288
10.3.2.4.6	Übungen.....	289
10.3.3	Umlaufvermögen.....	291
10.3.3.1	Vorräte	291
10.3.3.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	293
10.3.3.2.1	Herleitung der Wertansätze der Forderungen	293
10.3.3.2.2	Privatrechtliche Forderungen.....	293
10.3.3.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände.....	293
10.3.3.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	294
10.3.3.4	Liquide Mittel.....	294
10.3.4	Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	294
10.3.5	Eigenkapital	295
10.3.5.1	Allgemeine Rücklage	296
10.3.5.2	Sonderrücklagen	296
10.3.5.3	Ausgleichsrücklage.....	298
10.3.5.4	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	299
10.3.6	Sonderposten	299
10.3.6.1	Funktion und inhaltliche Grundlagen.....	300
10.3.6.2	Sonderpostenbildung für pauschalisierte Zuwendungen.....	302
10.3.6.2.1	Allgemeine Investitionspauschale.....	302
10.3.6.2.2	„Feuerwehropauschale“	302
10.3.6.2.3	„Schulpauschale/Bildungspauschale“	303
10.3.6.2.4	„Sportpauschale“.....	304
10.3.6.3	Ansatz von investitionsbezogenen Zuwendungen und von Beiträgen	305
10.3.6.4	Sonderposten für Gebührenaussgleich	307
10.3.6.5	Sonstige Sonderposten.....	308
10.3.6.6	Übungen	310
10.3.7	Rückstellungen	312
10.3.7.1	Voraussetzungen der Rückstellungsbilanzierung	312
10.3.7.2	Pensionsrückstellungen	314
10.3.7.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien	317
10.3.7.4	Instandhaltungsrückstellungen	317
10.3.7.5	Sonstige Rückstellungen	319
10.3.7.6	Übungen	323
10.3.8	Verbindlichkeiten	326
10.3.8.1	Anleihen	326
10.3.8.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen.....	326
10.3.8.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	328
10.3.8.4	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	328
10.3.8.5	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	329
10.3.8.6	Sonstige Verbindlichkeiten	329
10.3.9	Rechnungsabgrenzungsposten (passiv)	329
10.3.10	Übungen zum Bilanzausweis.....	330

11.	Die Ergebnisrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	335
11.1	Übersicht über die Erfolgs- und Finanzrechnungskonten (Kontenklassen 4, 5, 6 und 7)	335
11.2	Die Konten der Ergebnisrechnung (Kontenklassen 4 und 5)	336
11.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40)	336
11.2.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (Kontengruppe 41).....	341
11.2.3	Sonstige Transfererträge (Kontengruppe 42)	347
11.2.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 4)	347
11.2.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44).....	349
11.2.6	Sonstige ordentliche Erträge (Kontengruppe 45)	349
11.2.7	Finanzerträge (Kontengruppe 46).....	351
11.2.8	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen (Kontengruppe 47).....	352
11.2.9	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 48).....	353
11.2.10	Außerordentliche Erträge (Kontengruppe 49)	354
11.2.11	Personalaufwendungen (Kontengruppe 50)	355
11.2.12	Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51).....	357
11.2.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52)	359
11.2.14	Transferaufwendungen (Kontengruppe 53).....	361
11.2.15	Sonstige ordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 54)	363
11.2.16	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)	365
11.2.17	Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 57)	365
11.2.18	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 58).....	369
11.2.19	Außerordentliche Aufwendungen (Kontengruppe 59)	369
11.3	Übungen	369
12.	Die Finanzrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen.....	377
12.1	Die Ermittlung der Finanzrechnung	377
12.2	Übung	384
12.3	Originäre Buchung der Finanzrechnung in den Kontenklassen 6 und 7	386
12.4	Zusammenfassung: Systematische Behandlung der Abweichungen von Finanz- und Ergebnisrechnung bei originärer Buchung der Finanzrechnung	389
12.5	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 68).....	390
12.6	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 69).....	390
12.7	Versorgungsauszahlungen (Kontengruppe 71)	393
12.8	Auszahlung aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 78).....	394
12.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 79).....	395
12.10	Die Erfüllung der finanzstatistischen Anforderungen mit Hilfe der Konten der Finanzrechnung	396
12.11	Übungen	396
13.	Die Bewirtschaftungsgrundsätze.....	402
13.1	Allgemeines	402
13.2	Bewirtschaftungsformen.....	402
13.2.1	Gesamtdeckung	402
13.2.2	Budgetierung	403
13.3	Bewirtschaftungsregeln	406
13.3.1	Unechte Deckungsfähigkeit.....	406
13.3.2	Echte Deckungsfähigkeit.....	408
13.3.3	Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen	413
13.3.3.1	Allgemeines	413
13.3.3.2	Ausgestaltung der Grundsätze zur Ermächtigungsübertragung.....	416

13.3.3.3	Weitere Regelungen zur Übertragbarkeit außerhalb des § 22 GemHVO.....	417
13.3.3.4	Auswirkungen auf den Jahresabschluss	418
13.4	Übungen	419
14.	Verpflichtungsermächtigungen	422
14.1	Begriff und Verfahren	422
14.2	Umfang und zeitliche Beschränkung der Verpflichtungsermächtigungen	424
14.3	Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen	425
14.4	Übungen	426
15.	Finanzierung des kommunalen Haushalts	430
15.1	Innenfinanzierung.....	431
15.1.1	Selbstfinanzierung	432
15.1.2	Finanzierung aus dem Rückfluss von Abschreibungsgegenwerten.....	433
15.1.3	Fremdfinanzierung aus Rückstellungen	434
15.1.4	Finanzierung durch Vermögensumschichtung	435
15.2	Außenfinanzierung	436
15.2.1	Finanzierung aus Investitionszuwendungen und Beiträgen	436
15.2.2	Fremdfinanzierung aus Krediten	437
15.2.2.1	Haushaltsrechtlicher Kreditbegriff	437
15.2.2.2	Ausgestaltung von Krediten	441
15.2.2.3	Kreditgeber	443
15.2.2.4	Voraussetzungen der Kreditaufnahme.....	443
15.2.2.5	Zuständigkeit für die tatsächliche Kreditaufnahme	450
15.2.2.6	Auswahl der Kreditangebote unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit	451
15.2.2.7	Evtl. Einzelgenehmigung	451
15.2.2.8	Einhaltung der Formvorschriften bei der Kreditaufnahme.....	451
15.2.2.9	Sicherheitsleistungen bei der Kreditaufnahme	452
15.2.3	Abwicklung der Kreditaufnahme im Haushalt	452
15.2.3.1	Veranschlagung der Kredite und der daraus resultierenden Aufwendungen und Auszahlungen	452
15.2.3.2	Umschuldung.....	455
15.2.3.3	Dauer der Kreditermächtigung	455
15.2.3.4	Exkurs: Innere Darlehen.....	455
15.2.4	Übungen	456
15.3	Kreditähnliche Verbindlichkeiten.....	465
15.3.1	Begriff.....	465
15.3.2	Bedeutung kreditähnlicher Geschäfte.....	465
15.3.3	Voraussetzungen zum Eingehen von kreditähnlichen Geschäften und Anzeigepflicht	466
15.3.4	Ausgestaltung kreditähnlicher Geschäfte	466
15.3.5	Verbindung zum Haushaltsplan.....	467
15.3.6	Übung	468
16.	Der Haushaltsausgleich	470
16.1	Bedeutung und Zielsetzung	470
16.2	Ausgleich des Ergebnisplans und der Ergebnisrechnung (Haushaltsausgleich i.e.S.).....	472
16.3	Verbot der bilanziellen Überschuldung	473
16.4	Haushaltsjahresübergreifender Ausgleich	475
16.4.1	Bedeutung und Funktion der Ausgleichsrücklage	475
16.4.2	Einbeziehung der mittelfristigen Planung	477

16.5	Rechtsfolgen unausgeglichener Haushalte	478
16.5.1	Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage	478
16.5.2	Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage	479
16.5.3	Eintreten oder Drohen einer Überschuldung	482
16.5.3	Zusammenfassung	482
16.6	Exkurs: Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit.....	484
16.7	Übungen	485
17.	Die Haushaltssatzung	489
17.1	Rechtsnatur und Bedeutung der Haushaltssatzung.....	489
17.1.1	Gemeindliches Satzungsrecht.....	489
17.1.2	Haushaltssatzung als besondere Satzung.....	489
17.2	Inhalt der Haushaltssatzung.....	491
17.2.1	Rechtliche Grundlagen	491
17.2.2	Pflichtinhalte der Haushaltssatzung (§ 78 Abs. 2 GO)	491
17.2.2.1	Festsetzung des Haushaltsplanes	491
17.2.2.2	Festsetzung der Kreditermächtigung für Investitionen.....	492
17.2.2.3	Festsetzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen.....	493
17.2.2.4	Festsetzung der Verringerung der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage.....	494
17.2.2.5	Festsetzung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite	495
17.2.2.6	Festsetzung der Realsteuerhebesätze	496
17.2.2.7	Festsetzungen zum Haushaltssicherungskonzept	498
17.2.2.8	Festsetzungen zum Stellenplan.....	498
17.2.3	Freiwillige Inhalte der Haushaltssatzung.....	499
17.3	Zustandekommen der Haushaltssatzung.....	500
17.3.1	Überblick	500
17.3.2	Vorverfahren.....	501
17.3.3	Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung	501
17.3.4	Beteiligung der Einwohner und Abgabepflichtigen	502
17.3.5	Beratung in den Bezirksvertretungen und den Fachausschüssen	503
17.3.5.1	Beteiligung der Bezirksvertretungen	503
17.3.5.2	Beteiligung der Fachausschüsse	504
17.3.5.3	Beteiligung des Finanz- und Hauptausschusses	504
17.3.6	Beschlussfassung durch den Rat.....	504
17.3.7	Vorlage bei der Aufsichtsbehörde	505
17.3.8	Bekanntmachung der Haushaltssatzung	505
17.4	Behandlung der Haushaltssatzung durch die Aufsichtsbehörde.....	506
17.5	Übungen	507
18.	Die Ausführung des Haushaltes	510
18.1	Erhebung der Einzahlungen	510
18.1.1	Rechtzeitige Einziehung der Einzahlungen.....	510
18.1.2	Kleinbeträge	510
18.1.3	Rundungen.....	512
18.1.4	Übung	513
18.2	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen sowie deren Bewirtschaftung und Überwachung	515
18.2.1	Zuweisung von Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen.....	515
18.2.2	Bewirtschaftung der Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen	516

18.2.2.1	Grundsätze für den Gesamthaushalt	516
18.2.2.2	Besondere Grundsätze für Investitionen.....	518
18.2.3	Überwachung der Haushaltsermächtigungen	519
18.2.4	Übungen	520
18.3	Haushaltswirtschaftliche Sperre u. Unterrichtungspflichten gegenüber dem Rat	528
18.3.1	Haushaltswirtschaftliche Sperre	528
18.3.2	Unterrichtungspflichten gegenüber dem Rat.....	530
18.4	Stundung, Niederschlagung und Erlass	531
18.4.1	Generelle Begriffsabgrenzungen	531
18.4.2	Rechtsgrundlagen	531
18.4.3	Stundung.....	532
18.4.3.1	Voraussetzungen.....	532
18.4.3.2	Verzinsung der gestundeten Forderungen	533
18.4.3.3	Bewilligungsverfahren	534
18.4.3.4	Exkurs: Aussetzung der Vollziehung	535
18.4.4	Niederschlagung	535
18.4.4.1	Voraussetzung für eine Niederschlagung (Einzelwertberichtigung).....	535
18.4.4.2	Arten der Niederschlagungen (Einzelwertberichtigung)	536
18.4.4.3	Praktisches Verfahren bei einer Niederschlagung (Einzelwertberichtigung).....	537
18.4.4.4	Pauschalwertberichtigung.....	538
18.4.5	Erlass	538
18.4.5.1	Voraussetzungen.....	538
18.4.5.2	Praktisches Verfahren.....	539
18.4.6	Beispiel einer Dienstanweisung.....	539
18.4.7	Übungen	545
18.5	Auftragsvergaben	548
18.5.1	Verfahren und Voraussetzungen	548
18.5.2	Übungen	554
18.6	Bewegliche Haushaltsführung	556
18.6.1	Einführung.....	556
18.6.2	Begriff der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen	557
18.6.3	Verhältnis zur Nachtragssatzung und zu anderen Bereitstellungsmöglichkeiten für Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	559
18.6.4	Bewilligung von über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen u. Auszahlungen	562
18.6.4.1	Ermittlung der Höhe der benötigten zusätzlichen Ermächtigung.....	562
18.6.4.2	Voraussetzungen für die Bewilligung	563
18.6.4.3	Entscheidungsgremien.....	569
18.6.4.4	Praktisches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren	571
18.6.5	Deckung von überplanmäßigen Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr	572
18.6.6	Exkurs: Praxisgerechtes Gesamtprüfungsverfahren für die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.....	577
18.6.7	Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen.....	579
18.6.8	Übungen	581
18.7	Bürgschaften und Gewährverträge	591
18.7.1	Allgemeines	591
18.7.2	Voraussetzungen.....	592
18.7.3	Ausgestaltung von Bürgschaften, Gewährverträgen und anderen Haftungsverhältnissen	592
18.7.4	Verbindung zum Haushalt	594
18.7.5	Übung	594

19.	Vermögenswirtschaft und Anlagebuchhaltung	596
19.1	Struktur des kommunalen Vermögens.....	596
19.2	Sondervermögen, Treuhandvermögen und rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen	598
19.2.1	Inhaltliche Abgrenzung	598
19.2.2	Gemeindegliedervermögen.....	598
19.2.3	Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen	599
19.2.4	Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	600
19.2.5	Rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen	601
19.2.6	Treuhandvermögen und rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen	602
19.2.7	Zusammenfassung.....	602
19.3	Erwerb und Veräußerung von Vermögen.....	603
19.3.1	Abbildung im Rechnungswesen	603
19.3.2	Erwerb von Vermögen.....	604
19.3.3	Veräußerung von Vermögen	606
19.3.4	Übungen	609
19.4	Bewirtschaftung von Vermögen	612
19.4.1	Grundsätze der Vermögensbewirtschaftung.....	612
19.4.2	Anlagenbuchhaltung	613
19.4.3	Geschäftsvorfälle in einer Anlagenbuchhaltung.....	617
19.4.4	Übungen	620
19.5	Kapitalanlagen und Liquiditätsmanagement	622
19.6	Wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	625
19.6.1	Allgemeines	625
19.6.2	Formen der wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Betätigung	626
19.6.3	Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Betätigung	628
19.6.4	Sonstige Regelungen über wirtschaftliche Betätigungen	630
19.6.5	Übungen	630
20.	Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan	633
20.1	Notwendigkeit der Nachtragssatzung	633
20.2	Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung.....	633
20.2.1	Überblick	633
20.2.2	Änderung eines Paragraphen der Haushaltssatzung	634
20.2.3	Pflichten nach § 81 Abs. 2 GO	636
20.2.4	Änderung von Haushaltsvermerken und Budgets	640
20.2.5	Änderung von Zielen und Kennzahlen	641
20.2.6	Erhöhung des Ansatzes für Verfügungsmittel.....	641
20.3	Inhalt des Nachtragshaushaltsplans	642
20.4	Zustandekommen der Nachtragssatzung	645
20.5	Übungen	646
21.	Der Jahresabschluss	653
21.1	Gestaltung des Jahresabschlusses	653
21.2	Die einzelnen Elemente des Jahresabschlusses	654
21.2.1	Ergebnisrechnung	654
21.2.2	Teilergebnisrechnungen	663
21.2.3	Finanzrechnung	663
21.2.4	Teilfinanzrechnungen	664
21.2.5	Bilanz.....	665

21.2.6	Anhang	666
21.2.7	Anlagenspiegel	667
21.2.8	Forderungsspiegel.....	668
21.2.9	Verbindlichkeitspiegel.....	669
21.2.10	Lagebericht	669
21.3	Aufstellung, Prüfung und Entlastung beim Jahresabschluss	670
21.4	Übertragung von Ermächtigungen.....	674
21.5	Deckungsrücklage	675
22.	Überblick über den Gesamtabchluss	678
22.1	Notwendigkeit und Umfang dieses Kapitels	678
22.2	Ziele des Gesamtabchlusses.....	678
22.3	Inhalt de Gesamtabchlusses (§ 116 GO).....	679
22.3.1	Überblick	679
22.3.2	Umfang des Gesamtabchlusses, anzuwendende Grundsätze und Zuständigkeiten	680
22.3.2.1	Umfang des Gesamtabchlusses	680
22.3.2.2	Anzuwendende Grundsätze im Gesamtabchluss.....	686
22.3.2.3	Zuständigkeiten	688
22.4	Aufzunehmende verselbstständigte Aufgabenbereiche	688
22.5	Nachweis der Mitglieder der Verwaltung und des Gemeinderates	690
22.6	Terminierung des Gesamtabchlusses	690
22.7	Prüfung des Gesamtabchlusses	690
23.	Das Stärkungspaktgesetz	691
23.1	Historie	691
23.2	Die Berechnung der Konsolidierungshilfe	693
23.3	Der Haushaltssanierungsplan	693
23.4	Die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplans und Berichtspflichten	695
23.5	Die Sanktionsmöglichkeiten.....	696
23.6	Das Stärkungspaktgesetz – eine Erfolgsgeschichte ?	697
	Stichwortverzeichnis	698